

Keine halben Sachen machen:

Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften bis Ende 2022 – Wohnungen für Alle statt Gemeinschaftsunterkünfte

Der Beschluss am 3. Juni 2020 zur Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte (GU) weckt bei vielen Bewohner*innen in den GU die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Wohnen.

Gleichzeitig bekommt Potsdam, die koordinierende Stadt des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“, erneut bundesweit Aufmerksamkeit. In Deutschland gelten die beengten Sammelunterkünfte als Hotspots von Corona-Infektionen. Seit vielen Jahren kritisieren GU-Bewohner*innen und Flüchtlingsräte die entmündigenden und integrationsfeindlichen Zustände der Heime.

Die Umsetzung des Potsdamer Beschlusses kann für die Kommunen in Deutschland wegweisend sein und aufzeigen, wie die inakzeptablen Wohnbedingungen der Sammelunterkünfte beendet werden können.

Potsdam kann eine bundesweite Vorbildfunktion einnehmen, aber nur wenn die Stadt glaubwürdig und konsequent die tatsächliche Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte anstrebt.

Für Potsdam als „Sicherer Hafen“ muss klar sein: Statt weiterhin Ressourcen und Geld in den Betrieb von Sammelunterkünften zu stecken, ist grundsätzlich eine neue Wohn- und Integrationspolitik .

Allen Menschen in dieser Stadt muss ausreichend Wohnraum und Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden – egal, welcher Herkunft sie sind.

Wir stellen folgende Forderungen an den Inhalten eines Maßnahme- und Zeitplans zur Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte, die sowohl die Praxis der Ausländerbehörde als auch die Wohnpolitik der Stadt Potsdam betreffen:

1) Oberstes Ziel: Wohnungen statt Gemeinschaftsunterkünfte bis Ende 2022

Oberstes Ziel eines Umsetzungsplans muss eine flächendeckende, integrationsfördernde Wohnraumversorgung durch normale Wohnungen, durch Wohnverbände und Nutzungswohnungen in Verzahnung mit einer aus- und aufzubauenden, integrativen, stadtteilbezogenen Sozialarbeit sein.

Ab sofort sind kurzfristige Maßnahmen zum Infektionsschutz zu ergreifen, u.a. über die Herstellung von „wohnungsähnlichen“ Zuständen in den Heimen.

Bis spätestens Ende 2022 sind die bisherigen Sammelunterkünfte zugunsten von Wohnungen aufzulösen, um sowohl die Gesundheit als auch die Integrationschancen der Bewohner*innen nachhaltig zu gewährleisten.

2) Konkrete zeitliche Angaben für Maßnahmen

Für die einzelnen Maßnahmen bzw. Schritte zur Auflösung der Sammelunterkünfte müssen überprüfbare zeitliche Angaben gemacht werden. Provisorische Übergangsregelungen wie beispielsweise Aufstellung von Containern sind auf einen engen, überprüfbaren Zeitraum zu beschränken.

3) Beteiligung der Betroffenen

Die jetzigen GU-Bewohner*innen sind von Anfang an an der Entwicklung des Maßnahme- und Zeitplans und den damit zusammenhängenden Entscheidungen zu beteiligen, u.a. mit einer umfangreichen Umfrage zu ihren Bedürfnissen durch eine unabhängige Stelle. Einseitige „Infoveranstaltungen“, lediglich zur Bekanntgabe der Ergebnisse des Prozesses, führen die bisherige Entmündigung fort.

4) Grundsätzliche Erteilung von Auszugserlaubnissen

Die Erteilung einer Auszugserlaubnis liegt im Ermessen der Ausländerbehörde. Eine Wohnpflicht in Gemeinschaftsunterkünften ist gemäß § 53 AsylG nicht zwingend vorgeschrieben (Senat Berlin 2018, Landesintegrationsbeirat 2020). Der Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft ist grundsätzlich für alle Bewohner*innen unabhängig des Aufenthaltsstatus‘ zu erlauben.

5) Zugang zu Sozialwohnungen erleichtern

Angesichts der Realität von langjährigen Asylverfahren und Aufhalten mit Duldungsstatus sind ab sofort für alle Menschen im Asylverfahren oder mit Duldung positive Bleibeprognosen durch die Ausländerbehörde auszustellen. Mit einer positiven Bleibeprognose bekommen die GU-Bewohner*innen die Möglichkeit, Wohnberechtigungsscheine beantragen zu können.

6) Zügige Erteilung von Arbeitserlaubnissen innerhalb von max. 3 Wochen

Das eigene Einkommen vergrößert die Chance, auf dem „freien“ Wohnungsmarkt eine Wohnung zu bekommen. Viele Menschen mit Geflüchtetenstatus sind an die rassistische Vorgabe gebunden, eine Erlaubnis zur Aufnahme einer Arbeit einholen zu müssen. Ab sofort muss die Ausländerbehörde ihren Ermessensspielraum nutzen, um grundsätzlich Arbeitserlaubnisse zu erteilen. Die Bearbeitungszeit ist durch Nutzung von Parallelprüfungen durch die Ausländerbehörde und die Bundesagentur für Arbeit auf max. 2 bis 3 Wochen zu beschränken.

7) Beratungs-und Betreuungsangebote zur Wohnungssuche ausbauen

Die Kapazitäten der Sozialarbeit sind gezielt für die Unterstützung zur Wohnungssuche auszubauen. Eine unwürdige Überprüfung einer sogenannten „Wohnkompetenz“ als Bedingung für den Auszug ist grundsätzlich abzulehnen.

8) Miete in GU: Quadratmeterpreis statt Gebühren pro Bett

Aufgrund der bisherigen Gebührenregelung liegen die Quadratmeterpreise für eine Unterbringung in der GU in einem 2-3 Bettzimmer bei über 30-40 €/qm (Landesintegrationsbeirat 2020).

Das bisherige System der Gebühren ist so umzuwandeln, dass die Bewohner*innen statt Bett-Pauschalen einen der schlechten Wohnqualität angemessenen und gedeckelten Mietpreis pro Quadratmeter bezahlen.

9) Abschaffung von integrationsfeindlichen Sammelunterkünften statt Umbau

Ein Umbau von Gemeinschaftsunterkünften, bei der sich die Stadt auf integrationsfeindliche Unterkunftsstandorte langfristig festlegt, ist abzulehnen. Die Gemeinschaftsunterkünfte Am Handelshof, an der Marquardter Chaussee, Am Lerchensteig und Groß Glienicke sind zu schließen.

10) Soziale Kontrolle und Bevormundung der Bewohner*innen von (umgebauten) Gemeinschaftsunterkünften beenden

Zu normalen Wohngebäuden umgebaute Gemeinschaftsunterkünfte sind so auszugestalten, dass diese üblichen Miethäusern entsprechen. Die Sozialarbeit vor Ort wird allein auf Beratung und Unterstützung der Bewohner*innen ausgerichtet. Die Security-Dienste sind dauerhaft abzuziehen. Eine bessere Vernetzung mit der Nachbarschaft und die auf Integration zielende Vermietung der umgebauten Unterkünfte ebenso an Menschen ohne Fluchthintergrund stärken die Sicherheit aller Bewohner*innen. Die Bewohner*innen sind genauso zu behandeln wie alle anderen Mieter*innen dieser Stadt – mit all den Freiheiten und Pflichten.

11) Umbauten nicht zu Lasten der Wohnqualität

Umbauten innerhalb der bisherigen Gemeinschaftsunterkünften dürfen nicht zu Lasten einer üblichen Wohnqualität gehen:

- Eingezogene Billig-Gipswände oder langfristige Containerlösungen sind abzulehnen.
- keine gemeinsame Zimmer-Unterbringung von Familien gegen den Willen der Mütter, Väter und Kinder – Eltern und Kindern bekommen grundsätzlich separate Zimmer; keine Vernachlässigung des Kinder- und Jugendschutzes und der Gewaltprävention bei der Unterbringung von Familien
- Übergangsregelung mit Containeraufstellungen sind nicht für Schlafzimmer anzuwenden.
- Alle Bewohner*innen müssen sicher, trocken, bei normalen Wohnungstemperaturen und ohne langen Fußweg alle Wohneinheiten erreichen können.

12) Für eine grundlegende andere Wohnpolitik: Mehr Wohnraum für Alle

Der private Wohnungsmarkt hat in den letzten Jahren die Wohnsituation nicht verbessert. Im Gegenteil: Die Spirale der Wohnpreise geht weiter nach oben, möblierte Wohnungen werden zu astronomischen Preisen angeboten. Dieses Problem betrifft besonders all diejenigen, die wenig Geld haben. Menschen mit Migrationshintergrund werden zudem aufgrund von rassistischer Diskriminierung oft bei der Wohnungssuche benachteiligt.

12a) KdU (Kosten der Unterkunft)-Sätze anheben

Kurzfristig lassen sich die KdU-Sätze anheben, um die Anzahl der Wohnungen für Bedürftige bzw. Hartz IV-Empfänger*innen und Asylleistungsempfänger*innen kurzfristig zu steigern!

12b) ProPotsdams Ziel von Neubauprojekten ändern: Soziale und auf Integration ausgelegte Wohnbauprogramme

Generell fordern wir soziale und integrative Wohnbauprogramme. Die kommunale Wohngesellschaft ProPotsdam ist nur noch auf die Wohnbedürfnisse derjenigen auszurichten, die am privaten Wohnungsmarkt keine Chance haben. Aktuelle Planungen und Bauprojekte müssen auf diese Zielstellung hin überprüft und geändert werden.

12c) Rückkauf von Häusern und Bauland statt Privatisierung von Häusern und Grundstücken

Weiterhin muss es einen Stopp der Privatisierung von Wohnhäusern und Grundstücken geben. Viel mehr muss die Stadt strategisch Häuser, Wohnungen und Bauland für die öffentliche Hand zurückkaufen. Neben Neubau von Sozialem Wohnraum muss jetzt ein Plan aufgestellt werden, um durch Zukauf die Anzahl der Nutzungswohnungen für Geflüchtete und alle anderen Bedürftigen zu steigern.

Unterzeichnende Organisationen:

**Seebrücke Potsdam, Flüchtlingsrat Brandenburg, Refugees Emancipation e.V.,
we‘ll come united Berlin/Brandenburg, Potsdam Konvoi**

Quellen

Senat Berlin – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin (2018): Arbeitsanweisung zur Beendigung des Aufenthalts bzw. der Verpflichtung zum Aufenthalt in einer Aufnahmeeinrichtung gemäß §§ 47 - 50 Asylgesetz (AsylG), unter https://www.berlin.de/sen/soziales/service/berliner-sozialrecht/kategorie/sonstige/aa_asylg-757331.php#p2018-08-24_1_8_0

Landesintegrationsbeirat Brandenburg (2020): Empfehlungen zum Thema Wohnen, unter https://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/empfehlung_wohnen/

Potsdam, 31.8.2020

No half measures:

Dissolution of shared accommodation by the end of 2022 - flats for all instead of shared accommodation

The decision on 3 June 2020 to dissolve the shared accommodation (GU) raises the hopes of many residents for decent living.

At the same time, Potsdam, the coordinating city of the alliance "Cities of Safe Havens", is once again attracting nationwide attention. In Germany, the cramped collective accommodation is considered a hotspot for corona infections. For many years, GU residents* and refugee councils have been criticising the incapacitating and anti-integration conditions of the homes.

The implementation of the Potsdam decision can be a groundbreaking step for the municipalities in Germany and show how the unacceptable housing conditions of collective centres can be ended.

Potsdam can serve as a nationwide role model, but only if the city credibly and consistently strives for the actual end of collective housing.

For Potsdam as a "safe harbour", it must be clear that instead of continuing to invest resources and money in the operation of collective accommodation, a new housing and integration policy is essential.

All people in this city must be given sufficient living space and the opportunity to participate in society - regardless of their origin.

We make the following demands on the contents of a plan of measures and timetable for the dissolution of collective accommodation, which concern both the practice of the aliens department and the housing policy of the city of Potsdam:

1) Top priority: Apartments instead of shared housing by the end of 2022

The primary goal of an implementation plan must be a comprehensive, integration-promoting supply of housing through normal dwellings, housing associations and commercial housing, interlinked with integrative, district-related social work that is to be developed and expanded.

Immediately, short-term measures for infection protection are to be taken, including the creation of "home-like" conditions in the homes.

By the end of 2022 at the latest, the existing collective housing facilities are to be dissolved in favor of apartments in order to ensure both the health and the integration opportunities of the residents in the long term.

2) Concrete dates for measures

Verifiable timelines must be provided for the individual measures or steps to dissolve collective accommodation. Temporary transitional arrangements, such as the installation of containers, must be limited to a short, verifiable period.

3) Participation of the parties concerned

The current GU residents* are to be involved from the outset in the development of the action plan and timetable and the related decisions, including a comprehensive survey of their needs by an independent body. One-sided "information events", merely to announce the results of the process, continue the previous incapacitation.

4) Basic permission to move out

The granting of an permit to move out of a shared accommodation is at the discretion of the Ausländerbehörde. According to § 53 AsylG, there is no compulsory obligation to live in shared accommodation (Berlin Senat 2018, Landesintegrationsbeirat Brandenburg 2020).

In principle, it shall be permitted to move out of the shared accommodation.

5) Facilitate access to social housing

In view of the reality of long-standing asylum procedures and stays with "Duldung", positive residence forecasts must be issued by the Ausländerbehörde with immediate effect for all people in asylum procedures or with toleration status. With a positive residence prognosis, the GU-residents* have the possibility to apply for residence entitlement certificates.

6) Rapid issue of work permits within a maximum of 3 weeks

Own income increases the chance to get a flat on the "free" housing market. Many people with refugee status are bound by the racist requirement to obtain permission to take up employment. From now on, the immigration authorities must use their discretionary powers to grant work permits - categorically. The time of processing has to be limited to a maximum of 2 to 3 weeks by using parallel examinations in Foreigners' Registration Authority and Federal Employment Agency.

7) Assistance in moving out instead of examination of „residential competence“

The capacity of social care work has to be developed specifically for assistance in finding housing alternatives. An unworthy examination of a so-called "housing competence" as a condition for moving out is to be rejected in principle.

8) Rent in GU: square metre price instead of fees per bed

Due to the previous fee regulations, the square metre prices for accommodation in the GU in a 2-3 bedded room are more than 30-40 €/sqm (Landesintegrationsbeirat 2020).

The previous system of fees is to be converted in such a way that the residents pay reasonable and capped rent per square metre instead of bed lump sums for poor living quality.

9) Abolition of collective anti-integration accommodation instead of conversion

A conversion of collective accommodation, in which the city commits itself to long-term accommodation that is hostile to integration, has to be rejected. The shared accommodation Am Handelshof, Marquardter Chaussee, Am Lerchensteig and Groß Glienicke have to be closed.

10) End social control and paternalism of residents of (rebuilt) shared accommodation

Shared accommodation that has been converted into normal residential buildings must be designed in such a way that it corresponds to normal rented accommodation. The social work on site is solely focused on advising and supporting the residents. The security services are to be permanently stopped. Better networking with the neighborhood and renting out the converted accommodations to people without an escape background with a view to integration will strengthen the security of all residents. Residents are to be treated in the same way as all other tenants in this city - with all the freedoms and obligations.

11) Modifications not at the expense of the quality of living

Modifications within the previous shared accommodation must not be at the expense of a normal quality of living:

- Cheap plaster walls or long-term container solutions must be rejected.
- Parents and children are generally given separate rooms; no shared room accommodation of families against the will of the mothers, fathers and children; no neglect of the protection of children and young people and the prevention of violence in the accommodation of families
- Transitional arrangements with container installations are not applicable to bedrooms.
- All residents* must be able to reach all accommodation units safely, dryly, at normal apartment temperatures and without long walking distances.

12) For a fundamentally different housing policy: More living space for all

The private housing market has **worsened the overall** housing situation **considerably** in recent years. On the contrary: rents rise constantly, furnished apartments are reaching astronomical prices. This problem particularly affects those who have little money. People with a migration background are also confronted with discrimination when looking for housing.

12a) Raise KdU (Kosten der Unterkunft) rates

In the short term, the KdU rates can be raised in order to increase the number of apartments for people who are in a state of need or Hartz IV recipients and asylum benefit recipients in the short term!

12b) Change ProPotsdam's goal for new construction projects: Social and integration-oriented housing programs

In general, we demand social and integrative housing programs. ProPotsdam actions should only be oriented among needs of those who have no chances on the private housing market. Current planning and construction projects have to be reviewed and modified to meet this objective.

12c) Repurchase buildings and ground instead of privatisation of facilities and ground

Privatisation of buildings and ground has to be stopped. Instead, the city has to strategically repurchase facilities and apartments for public sector. In addition to plans for new construction of social housing, it has to set up a plan in order to increase the number of functional housing units for refugees and all other people with social needs through additional purchases.

Signing organisations:

**Seebrücke Potsdam, Flüchtlingsrat Brandenburg, Refugees Emancipation e.V.,
we'll come united Berlin/Brandenburg, Potsdam Konvoi**

Quellen

Senat Berlin – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin (2018): Arbeitsanweisung zur Beendigung des Aufenthalts bzw. der Verpflichtung zum Aufenthalt in einer Aufnahmeeinrichtung gemäß §§ 47 - 50 Asylgesetz (AsylG), unter https://www.berlin.de/sen/soziales/service/berliner-sozialrecht/kategorie/sonstige/aa_asylg-757331.php#p2018-08-24_1_8_0

Landesintegrationsbeirat Brandenburg (2020): Empfehlungen zum Thema Wohnen, unter https://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/empfehlung_wohnen/